

Berliner Tageblatt

Nr. 336

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

Gespannte Erwartung in Paris.

Französische Hoffnung auf englisches Entgegenkommen.

Der angeblich mildere Standpunkt Baldwin gegenüber Curzon. Ein neuer französischer Reparationsvorschlag. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 19. Juli.

Die Meldung, daß die für Mittwoch angekündigte Beratung des englischen Kabinetts um vierundzwanzig Stunden verschoben worden ist, wird in Paris als ein günstiges Zeichen aufgefaßt, und obgleich überall zugegeben wird, daß niemand etwas zuverlässiges über die Unterhaltung der britischen Minister weiß, besteht doch die Überzeugung, daß der von Lord Curzon ausgearbeitete Entwurf dem Premierminister Baldwin als zu scharf erachtet und deshalb vorläufig werde umgearbeitet werden müssen. Der „Petit Parisien“ erklärt, daß die englischen Vorschläge das Bemühen der britischen Regierung um eine Verständigung mit Frankreich sehr deutlich zeigen. Weniger optimistisch ist das „Echo de Paris“, dessen Mitarbeiter Pertinax sich noch immer in London aufhält. In dieser Zeitung wird daran erinnert, daß Baldwin in seiner Erklärung zwei für Frankreich unangenehme Bemerkungen gemacht habe, die ihn in seiner Bewegungsfreiheit etwas beschränken könnten. Der britische Premierminister habe gegen die Geheimschweigheit der Ruhrbesetzung protestiert und damit die Auslegung der Reparationskommission bekräftigt und er habe die Aktion Frankreichs und Belgiens „als schwer zu rechtfertigende in der Zeit einer Krise und als vollkommen unzulässig in Friedenszeit“ bezeichnet. Diese beiden Behauptungen nennt Pertinax „stark übertrieben“. Baldwin selbst wird „gebüßig, müde, ehrenhaft und opferwillig“ genannt, aber seine politische Erfahrung wird angezweifelt. Baldwin schone Lord Curzon, vor dessen großer Begabung und glänzender Laufbahn er Respekt habe und dem er überdies Rücksicht schuldig sei, weil Lord Curzon sich trotz seiner Haltung zum Eintritt in das Kabinett weiter bereitwillig habe. Lord Curzon habe über die Reparationsfrage keine starken Ideen. Er betrachte die Ereignisse aber etwa so sehr vom Gesichtspunkte des Prestiges. Seine Absicht sei, den „großen Vermittler“ zu spielen. Häufig wiederholte der Außenminister, daß er es sich zutraue, die Einstellung des passiven Widerstandes in Berlin durchzuführen, daß er aber ein solches Verlangen nicht stellen könne, ohne auch dem Deutschen etwas zu bieten. „Das ist für mich eine Gewissensfrage“. Diese letzten Worte nennt Pertinax ein „furchtbares Eingeständnis“. Ist es wirklich so furchtbar, wenn ein Staatsmann gewissenhaft ist? Das Eingeständnis, das in der Kritik Pertinax liegt, wird den meisten andern Leuten viel schlimmer erscheinen. Auch von Baldwin wird eine „beunruhigende Äußerung“ berichtet. Er habe gesagt: Die Ruhrfrage habe die Zahlungsfähigkeit Deutschlands so weit geschwächt, daß die englischen Forderungen stark gefährdet seien. Es werde also kaum möglich sein, die geplante Herabsetzung der französischen Kriegsschulden durchzuführen, wenn die jetzige Lage noch weiter andauere.

Die neueste Version über französische „Zugeständnisse“ steht heute früh im „Matin“. Sie ist trotz der Wichtigkeit, die ihr durch die äußere Aufmerksamkeit beigelegt werden soll, im Grunde genommen eine Aufwärmung alter Gedanken Poincarés. Die deutschen Kriegsschulden sollen vorläufig noch nicht festgelegt werden, sondern erst in zehn bis fünfzehn Jahren. Für den Augenblick soll nur die Summe für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bezahlt werden, im ganzen etwa 35—40 Milliarden für Frankreich, Belgien, Italien, Südfrankreich und Rumänien. Nachdem diese Summe in zehn bis fünfzehn Jahren bezahlt sei, könnte dann die finanzielle Lage der verschiedenen Mächte bestimmt und „endgültig“ ausgerechnet werden, was Deutschland noch weiter zu zahlen hat. Das von England gewünschte Sachverständigenkomitee solle einberufen werden, aber nicht, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, sondern um die Zahlungsmodalitäten auszuarbeiten. Die Alliierten müßten bei diesem Kommen gemeinsam die Aufgabe des passiven Widerstandes verlangen und eine wirksame Heberhebung der häufigsten Deutschen durchsetzen. Wenn diese allgemeinen Gesichtspunkte in London berücksichtigt würden, dann sei „nach gründlichen Beratungen über die Einzelheiten die Entente nicht ausgeschlossen“. Dergleichen Äußerungen nennt der „Matin“ „Zugeständnisse“. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung Frankreichs diese lächerlichen Illusionen teilt. Zu gleicher Zeit wird im „Matin“ wieder eine Begegnung Baldwin's mit Poincaré in Aussicht gestellt.

Es ist unwahrscheinlich, daß über diese Fragen offizielle Erörterungen stattgefunden haben. Nach französischer Auffassung hat eine Äußerung nur dann einen Sinn, wenn die Verhandlungen der beiden Staatsräuber gesichert ist, und diese Aussicht wird hier trotz aller optimistischen Presseäußerungen noch für sehr gering gehalten.

Direkte Meldungen über die Unterhaltung Beneš's Brüssel sind bisher nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Der Brüssler Korrespondent des „Petit Parisien“ hat Beneš befragt. Der Minister erklärte, daß er „Vertrauen“ habe und das die Gefahr für die Entente vorüber sei. Man werde sich verständigen, wenn nicht jetzt, dann etwas später. Viele ganz überflüssige Differenzen sind bereits ausgeglichen, andere Meinungsverschiedenheiten beruhen auf „Missverständnissen“, sie müßten noch beseitigt werden. Die beiden wichtigsten Streitfragen betreffen die internationale Kommission und die Ruhrbesetzung. Beneš halte es nicht für ausgeschlossen, daß Frankreich und England sich auch über diese beiden Punkte ins Ein-

vernehmen setzen würden und glaube, daß die belgischen Staatsmänner bei der Beilegung der Gegenfrage eine wichtige Rolle hätten. Beneš reist nicht noch einmal nach London, wie vor einigen Tagen zu lesen war, sondern er fährt heute von Brüssel direkt nach Paris.

Paris, 19. Juli. (M. I. B.)

Die „Chicago Tribune“ von autoritativer Seite erfahren haben will, sei das Hauptzugeständnis, welches Poincaré bei seiner letzten Unterredung mit Baldwin von diesem erreicht habe, daß Frankreich den internationalen Sachverständigenausschuß anerkennen werde, wenn der Antwortentwurf Baldwin's eine geeignete Formel finde. Frankreich sei bereit, auch dann seine Zustimmung zu geben, wenn dem Komitee amerikanische und neutrale Sachverständige angehören.

Keine Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett.

Die heutige Entscheidung in London.

(Telegramme.)

London, 19. Juli. (M. I. B.)

Reuter erfährt, daß der Entwurf der britischen Antwort auf das deutsche Angebot fertiggestellt ist und heute vom Kabinett erwogen werden wird. Man glaubt nicht, daß mehr als eine Sitzung für die volle Erörterung der Antwort notwendig sein wird, und hofft, daß der Entwurf zusammen mit der Mantelnote an die Alliierten und die Vereinigten Staaten gesandt werden kann.

Die „Times“ schreiben: Die Dokumente, welche heute vom Kabinett erörtert werden sollen, schließen ein: den Entwurf der Antwort auf die letzte deutsche Note, einen Mantelbrief und eine erklärende Denkschrift zu verschiedenen Punkten. Das Blatt meint weiter, daß die Vorschläge, welche in dem Antwortentwurf enthalten seien, nicht derart seien, daß man mit einer Ablehnung nicht irgenbeiner Seite zu rechnen brauche. Selbstverständlich werden in den britischen Vorschlägen kein Versuch gemacht werden, die Bestimmungen des Versailler Vertrages in irgenbeiner Beziehung oder auf irgendeine Art und Weise zu umgehen oder zu erleichtern. Im Gegenteil werde Nachdruck auf die genaue Auslegung des Vertrages und die Notwendigkeit einer heftigen Aktion auf seiner Grundlage gelegt. Schließlich lagen die „Times“, daß die Ausschüßten für weitere Verhandlungen zwischen den Alliierten entschieden günstig seien, als „Westminster Gazette“ bezeichnet eine Meldung, wonach Meinungsverschiedenheiten im Kabinett die Verzögerung in der Fertigstellung des Entwurfs verursacht hätten, als unzutreffend. Es gebe vielmehr Meinungsverschiedenheiten über die genaue Form der Antwort und die genauen Einzelheiten der Mantelnote, aber über die Notwendigkeit der Regelung der Reparationsfrage und der Ruhrfrage stimmten die Ansichten überein. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Ausschub der Kabinettsberatung sei erfolgt, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich schon vor der Kabinettsitzung ein Urteil über die beiden Schriftstücke zu bilden, und um es zu ermöglichen, die von den Sachverständigen ausgearbeiteten finanziellen und wirtschaftlichen Erörterungen in die Mantelnote aufzunehmen. Diese Arbeiten hätten dazu geführt, daß die Grundsätze und Daten des britischen Januarplanes über die besten Methoden der Stabilisierung der Mark und die Wiederherstellung der deutschen Währung offenbar bestätigt worden seien. Es werde hierbei die Ansicht vertreten, daß hinsichtlich der Einnahmeverweigerung, aus denen die künftigen Reparationen entnommen würden, die Zusammenarbeit der deutschen Regierung und deutscher Sachverständiger mit den Alliierten eine unentbehrliche Bedingung sei. Zur Frage der alliierten Schulden bemerkt der diplomatische Berichterstatter, es erscheine nicht zweckmäßig, ein genaues britisches Angebot zu machen, bevor Deutschlands Zahlungsfähigkeit objektiv geprüft sei; denn es werde in weiten Kreisen gefürchtet, daß diese Zahlungsfähigkeit sich infolge der Ruhrbesetzung nicht mehr auf der Höhe der Januarplanungen bewege. Der Berichterstatter schließt: „Sollten die Anstrengungen Englands im Sinne einer interalliierten Vereinbarung fehlschlagen, dann würde unbedingt die Intervention des Völkerbundes und des Welgerichtshofes angerufen werden. Dies würde die Rückkehr zur traditionellen britischen Politik des Fernbleibens von kontinentalen Verwicklungen bedeuten.“

Im Unterhaus erklärte der Präsident des Handelsamts, Lloyd George, es sei unmöglich, eine wirklich optimistische Voraussage über die Entwicklung des Handels zu machen, bevor es wahrscheinlich sei, daß in der Welt stabile Verhältnisse eintreten. Es sei nicht anzunehmen, daß im nächsten halben Jahre die Lage die gleiche sein werde wie jetzt. Die Fabrikanten, Kaufleute, Bankiers sagten, daß keine Befestlungen gemacht würden. Der Grund sei die allgemeine Ungewißheit, die dadurch verursacht werde, daß es noch nicht gelungen sei, geordnete Zustände in der Welt zu schaffen.

London, 19. Juli. (E. P.)

Die einzige diplomatische Botsprechung, die am gestrigen Mittwoch stattfand, war eine Unterredung zwischen Lord Curzon und dem deutschen Votschaffer Dr. Schamer. Auch über diese Unterredung wird das strengste Stillschweigen bewahrt. Gerüchweise verlautet, daß Lord Curzon den deutschen Votschaffer über die Art und Weise befragt habe, wie die deutsche Regierung dem passiven Widerstand abhelfen könnte.

Die rheinischen Separatisten.

Smets bei Tirard. — Vereitelte Hoffnung der Sonderbündler auf den 14. Juli. — Innere Schwierigkeiten.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Alfred Krüger.

Kr. Köln, Mitte Juli. 77

Während der rührige Dorte ein wieder einmal in Paris weit und den gläubigen Lesern der Boulevardpresse das Märchen von geheimnisvollen deutschen Kriegsrätseln in Ost- und Westpreußen aufzudeckt, ist der wiedererlebene Josef Smets von dem französischen Oberkommissar Tirard in Koblenz empfangen worden. Er hat bei Tirard eine sehr herzliche Aufnahme gefunden, der dem Führer der Sonderbündler erneut seine Unterstützung zugesichert hat. Durch diesen offiziellen Besuch kommt die enge Interessengemeinschaft zwischen den französischen Machthabern und den separatistischen Elementen unverhüllt zum Ausdruck, die noch vor kurzer Zeit anlässlich der peinlichen Veröffentlichungen im „Observer“ von der Partier Presse mit Entrüstung abgelehnt wurde. Durch die Sympathiebeweise des französischen Oberkommissars angepornt, veröffentlicht Smets in der letzten Nummer seiner „Rheinischen Republik“ einen Artikel, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und in dem er die Stunde für die Proklamierung der rheinischen Republik für gekommen hält. Er schreibt unter anderem: „Es geht um ein Ganzes. Wir dürfen nicht mehr zögern! Unser Recht auf Selbständigkeit ist durch den Versailler Friedensvertrag von allen Signatarmächten anerkannt, wir brauchen dieses Recht nur mit Nachdruck zu beanspruchen, und alles Komrommissien, aus dem wir eine volle Zufriedenheit entstehen kann, hat ein Ende. An Frankreich, das ja den Vereinigten Staaten bei ihrer Freiheitskämpfung sehr behilflich war, können wir einen schätzenswerten Bundesgenossen finden, weil wir ihm durch unsere Freiheit die notwendige Abwehrungsmaßnahme, Sicherheit und damit neues Erblassen geben.“

Diese schwülstigen und verlogenen Tiraden, die auf den Nationalfeiertag der Franzosen eingestellt waren, den gewissenlose Gerächtmacher als Kern für die Verfindung der rheinischen Republik bezeichnet, machen hier keinerlei Eindruck mehr. Die Hoffnungen der Sonderbündler auf eine politische Rückgebung der Franzosen im festlichen Köln des 14. Juli zugunsten der rheinischen Republik sind völlig enttäuscht worden, der große Feiertag der Franzosen ist ohne jede Sensation vorübergegangen. Man sah die üblichen Paraden. Am Abend waren die von den Franzosen besetzten Bahnhöfe und Katernen festlich illuminiert. Fadelzettel, an denen sich auch die Siamelen beteiligten, tauchten durch die sommerlichen Straßen. Aber kein Funken von Enthusiasmus sprang auf das Publikum über, das bis ganze Festnetzgeräusch und mit kalter Ironie betrachtete. Am Tage hatten französische Flugzeugbesatzungen bis tief in das Ruhrgebiet die Bevölkerung mit Millionen von Flugblättern bombardiert, in denen der 14. Juli als Tag der Völkervereinigung gepriesen wurde. Wie diese Völkervereinigung ausfiel, spürten Laufende von milden Menschen, die bei tropischer Hitze stundenlang auf den staubigen Landstraßen wandern mußten, weil die Franzosen selbst den Straßenbahnverkehr lahmgelegt haben. Heute werden die Passagiere auf den wenigen noch existierenden Straßenbahnen, die den Fernverkehr vermitteln, auf das peinlichste unterlicht, Aktenstapel nach verbotenen Zeitungen durchstrahlt und Arbeiter, die ein paar Dugend Briten mit schleppen, ihre Koffenläde rückwärts abgenommen.

Schlimmer noch als diese mehr physischen Qualereien sind die physischen Drangsalierungen, die eine Steigerung erfahren haben, von der sich die Bevölkerung im unbesetzten Deutschland kaum eine Vorstellung machen kann. Das brutale Schikanemittel bleibt die Verkehrsperre, die inzwischen, wie bereits gemeldet, ohne jede Angabe von Gründen um zehn Tage verlängert worden ist. Hunderttausende von Angehörigen hält der völkerverfeindliche Bruchspruch der Interalliierten Kommission heute voneinander getrennt. Erschütternde Szenen spielen sich auf den Bureaus ab, in denen Tausende mit verzweifelter Gesichtern stundenlang, oft tagelang, vergeblich auf die Auslösung eines Geleitscheines warten. Von Tag zu Tag wird diese Schikanemethode raffiniert und unerbittlicher. In einer Großstadt wie Duisburg muß schon seit zwei Wochen jeder Einwohner nach acht Uhr von der Straße verschwinden, und wer sich am Fenster zeigt, läuft Gefahr, ohne weiteres von den Patrouillen niedergeschossen zu werden. Eine Stadt wie Düsseldorf, die mehr als 600 000 Einwohner zählt, ist ohne jede Zeitung. Die französische Regierung gibt sich einer gefährlichen Illusion hin, wenn sie glaubt, die Bevölkerung dieser brutalen Druckmittel würde zu machen und den Boden für die Errichtung einer rheinischen Republik vorzubereiten. Mit solchen Kleinigkeiten und unwürdigen Mitteln schaden sich die französischen Machthaber selbst am meisten. Die Schikanen der Einbruchsmächte haben im Rheinland bisher nur die eine Wirkung erzielt, daß die Haft in mung der Bevölkerung gegen die Unterdrückung im Nachen begriffen ist. Auch neutrale Beobachter und englische Journalisten haben dieses Stimmungssymptom konstatiert.

Unter diesen Umständen muß ein Mann wie Smets, der die französisch-belgischen Repressalien zu rechtfertigen sucht und die Ausweierungen der Eisenbahnen als „gerecht und billig“ bezeichnet, die letzten Sympathien einbüßt. In der stärksten Gruppe der Separatisten, der Rheinischen republikanischen Partei, scheint es trotz der siegesgesicherten Weiterungen ihres Führers Smets bedenklich zu kri-

fein. Es haben sich innerhalb der Partei starke Meinungsverschiedenheiten ergeben, deren Folge das Ausscheiden zahlreicher Mitglieder ist. Herr Smeets muß selbst zugeben, daß die „Einheitsfront der republikanischen Freiheitskämpfer“ einen bösen Schlag erlitten hat. Seine ganze Mut richtet sich gegen die Abtrünnigen. Er fordert seine Anhänger auf, die Versammlungen der „Rheinischen Republik“ vom 12. Juli: „Wir halten die Meinung, getrennt zu marschieren, für einen großen taktischen Fehler, der nur im Interesse Großpreußens und seiner Herrscher liegen kann. Ohne Zweifel hat die Sache der Sonderbündler durch diesen Konflikt eine weitere Schwächung erfahren. Weder Dorken noch Smeets haben es bisher vermocht, die geringe Anzahl ihrer Parteigänger zu organisieren, einfach deshalb, weil dieser Bewegung die moralische Kraft einer einheitlichen Idee fehlt. Die Separatisten sind in unglückliche Gruppen und Gruppen zerstückelt, denen vorläufig jede Stoffkraft fehlt. Auch das Häuflein Sonderbündler, die nun getrennt von Smeets eine neue Partei zu gründen versuchen und unter denen keine Persönlichkeit von Bedeutung ist, wird schwerlich der Sache der rheinischen Republik irgendwelche entscheidenden Schrittmacherdienste leisten. Wenn irgendwelche günstigen Ausblicke für die Proklamierung eines selbständigen Rheinstaates vorlägen, dann hätten die Franzosen keine Minute gekümmert, um die Welt am 14. Juli vor ein fait accompli zu stellen. Möglich auch, daß die Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten, die im übrigen in den Rheinländern mit einem gewissen resignierten Gefühl und ohne besonderen Optimismus aufgenommen wurden, der separatistischen Luftidee ein leichtes Dämpfer aufgelegt hat.

* * *

Konzentration der Sonderbündler?

Zusammenkunft von Dorken und Smeets in Koblenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Kr. Koblenz, 19. Juli.

Die Separatisten entfallen in den letzten Tagen eine fieberhafte Tätigkeit. Besonders rührig sind sie in Koblenz, wozu die Vertrauensmänner der einzelnen Ortsgruppen berufen worden sind. Es hat den Anschein, als ob sich Dorken und Smeets verständigen und zu einer „Partei“ zusammenschließen wollen. Smeets ist durch den Abfall einer großen Anzahl seiner Anhänger, die die „Rheinische Unabhängigkeitspartei“ gegründet haben, in eine peinliche Lage geraten und will Anlehnung bei seinem Gegner Dorken, der das größere Organisations-talent besitzt. Diese Vereinigungstendenz geht aus einem Artikel hervor, den der General-Redakteur Dr. Lehmann in seinem im Koblenzer „Generalanzeiger“ vom 17. Juli veröffentlicht. Danach ist vor etwa 3 bis 4 Wochen im Aktionsausschuß der Koblenzer Dorken-Anhänger das Wort gefallen, als man das Verhältnis zur Smeets-Partei erörterte: „Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ Es verläutet mit aller Bestimmtheit, daß eine formelle Verbindung zwischen beiden sonderbündlerischen Richtungen erfolgt sei. Dorken und Smeets werden sich, um diesen engeren Zusammenstoß herbeizuführen, in Koblenz treffen. Der eine wird am 20. Juli auf der Haupttagung der Rheinischen Volksvereinigung in Koblenz sprechen, während der andere zu gleicher Zeit in einer öffentlichen Versammlung programmatische Erklärungen abgeben wird.

Unterredung Wirths mit Casparri.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Rom, 19. Juli.

Der frühere Reichskanzler Wirth hatte mit Casparri und dessen Vertreter Pissardo längere Unterredungen. Aus den Kreisen des päpstlichen Staatssekretariats erfährt ich, daß der Papst offen seiner Sympathie für Mussolini Ausdruck gab. Der Papst habe die Hoffnung geäußert, daß Mussolini Italiens religiöse und moralische Güter erhalten werde. Diese Stellungnahme des Papstes gestattet Rückschlüsse auf die überfallende Deposition Don Sturzos und den Umfall der Popolaripartei.

Die Persönlichkeits- und Gewissensmoral.

Don (Nachdruck verboten.)

Ernat Troeltsch †

Scheintat Troeltsch war eingeladen worden, im Winter 1922/23 an Universitäten und vor wissenschaftlichen Vereinen Englands Vorträge zu halten. Er hat die Vorträge noch ausgearbeitet, die Reihe selbst konnte er nicht mehr ausführen. So stellen diese Ausarbeitungen das letzte Werk des Philosophen dar.

Die Redaktion.

Dieses zentrale Thema betrifft das Verhältnis zwischen der endlosen Bewusstheit des geschichtlichen Lebensstromes und dem Bedürfnis des menschlichen Geistes, ihn durch feste Normen zu begrenzen und zu gestalten. Es ist eine Frage, die nie freitragig auf dem Boden religionsphilosophischer und theologischer Erwägungen erwacht, wo nicht bloß die historische und philosophische Kritik, sondern vor allem die historische Verflochtenheit und Veränderlichkeit des Christentums die Möglichkeit fester Gegenwartspositionen so sehr erschwert. Aber die Frage erwies sich sehr bald als eine sehr viel allgemeinere. Das gleiche Problem bezieht sich auf die Gesamtheit aller Normen überhaupt, nicht bloß für die des religiösen Lebens insbesondere. In Staat, Gesellschaft und Ökonomie, aber auch in Wissenschaft und Kunst steht das gleiche Problem wieder. Die sogenannten natürlichen Normen sind um nichts fester begründet als die sogenannten übernatürlichen, und das Bemühen, die einen von der anderen Seite her zu begründen, ist eine Illusion, bei welcher Seite man auch zuerst einleiten möge. Mit alledem ist die ganze Frage gar keine bloß persönliche Problemstellung, sondern ein Problem der allgemeinen Zeitlage. Diese ist selbst in tiefer innerer Erschütterung und Wandlung auf fast allen Gebieten und zugleich begleitet von einer fast bedrückenden Heißhunger nach historischer Reflexion und Vergleichung.

In diesem Umfange ist es begründet, daß heute geschichtsphilosophische Erwägungen wieder eine Rolle spielen, wie vor und nach der französischen Revolution, wie im Zeitalter Rousseaus, Voltaires und Herders, und dann im Zeitalter Hegels und Comtes. Nur ist inzwischen der historische Horizont noch sehr viel weiter geworden in Raum und Zeit und ist unsere Erkenntnis der Vergangenheit viel differenzierter, genauer und sachlicher geworden. Vergleichende und evolutionistische Betrachtungen von den Primitiven des Eiszeitalters bis zu den modernsten europäischen und asiatischen Kultur, von

Das Problem der nationalen Minderheiten.

Don (Nachdruck verboten.)

Graf Max Montgola.

Wir Deutsche empfinden es besonders schmerzlich, daß das Problem der nationalen Minderheiten bisher sowohl im praktischen Leben der Staaten als auch in der Theorie des Völkerrechts außerordentlich flüchtig behandelt worden ist. Die Geschichte kennt nur wenige befriedigende Lösungen. Das älteste Beispiel ist wohl die Gewährung besonderer Rechte an die Juden, die sich in Ägypten anbahnen; aber die damalige Regelung war bekanntlich nicht von Dauer. Näher liegt sojourn die nach dem Religionsfrieden beim alten deutschen Reichstag getroffene Einrichtung eines Corpus Catholicorum und Corpus Evangelicorum, innerhalb deren Katholiken und Protestanten in konfessionellen Fragen getrennt abstimmen, so daß gültige Beschlüsse nur mit Einverständnis beider Körperschaften zustande kommen konnten. Nach diesem Muster hat in der letzte Jahrhundertwende der österreichische Staatsrechtswissenschaftler G. Jellinek vorgeschlagen, im österreichischen Parlament ein Corpus Gemanorum und Slavorum zu schaffen. Ein drittes Beispiel guter Lösung bildet die Stellung der Schweden in Finnland, die, obwohl zahlenmäßig schwach, vollkommen gleichberechtigte Staatsbürger sind und vermöge ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung so gar sehr großen Einfluß ausüben.

Sehr aber ist wenig Gutes über das Schicksal der Minderheiten zu vernehmen. Die Bestimmungen des Artikels 1 der Schlussakte des Wiener Kongresses zugunsten der Polen sind ebenso auf dem Papier geblieben wie die meisten Bestimmungen des Berliner Vertrages über den Schutz der religiösen Minderheiten in der Türkei und den Balkanstaaten. Spanien gegenüber den Mauren, Frankreich gegenüber den Gläubigen bei den Kaubjügen und Reunitionen Ludwigs XIV., Belgien gegenüber den Flamen, das jersische Rußland gegenüber seinen vielen fremdbürtigen Untertanen, die Vereinigten Staaten gegenüber den Negern haben das Problem sicher nicht besser gelöst als das Deutsche Reich.

Auch die „Sieger“ im Weltkrieg haben sich mit der Frage beschäftigt. Sie haben Deutsch-Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei Schutzbestimmungen für deren Minderheiten diktiert und haben mit Polen, der Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien, Griechenland und Armenien diesbezügliche Sonderverträge abgeschlossen. Aber die in den vier Diktaten und den sechs Verträgen getroffenen Bestimmungen sind nicht tragend und dehnbar und lassen willkürlicher Auslegung weiten Spielraum. Was nicht z. B. eine Bestimmung, daß in den Gebieten, die von einer größeren Anzahl der Minderheiten“ bewohnt werden, an den Volksschulen Unterricht in der Minderheitensprache erteilt werden soll, solange es jedem Staat überlassen bleibt, zu entscheiden, was unter „einer größeren Anzahl“ zu verstehen ist? Einige Nebenbestimmungen enthalten noch spezielle Bestimmungen für einzelne Minderheiten. Dabei wurde der Grundsatz der Angehörigkeit gegen das Deutschtum erklommen. Für die Deutschen gibt es solche Spezialbestimmungen nur in Rumänien, nicht aber in den anderen Staaten; so find zum Beispiel in der „Tschechoslowakei“ 200 000 Karpathenrussen besonders geschützt, nicht aber 3 1/2 Millionen Deutsche.

Dem gegenüber bedeutet der im Juli vorigen Jahres zwischen dem Deutschen Reich und Polen geschlossene Vertrag, der sich leider nur auf das zwischen beiden Staaten geteilte Gebiet von Oberschlesien erstreckt, einen außerordentlichen Fortschritt, ja er ist geradezu vorbildlich für den Ausbau des Minderheitenrechts. In 84 Artikeln werden zunächst der Hälfte halber die meisten Bestimmungen der oben erwähnten inhaltslosen zehn Verträge wiederholt, dann aber die einzelnen Bestimmungen genau umschrieben und ergänzt. Nicht nur vor dem Gesetz, also vor den Gerichten, mit denen der normale Staatsbürger selten in Berührung kommt, sondern auch gegenüber den Verwaltungsbehörden, mit denen fast jeder zu tun hat, sowie in wirtschaftlicher Beziehung ist die Gleichberechtigung der Minderheit zum Staatsgrundgesetz erklärt. Die Ausübung des passiven und aktiven Wahlrechts darf nicht von der Kenntnis der Staatsprache abhängig gemacht werden. Eingehend ist die Freiheit des religiösen Kultus

Australien und Innerafrika bis nach Europa, Amerika und Ostasien erfüllen heute die Literatur. Die Mannigfaltigkeit und Bewusstheit dieses historischen Vergleichsmaterials hat erst ungenauer interessiert und die Selen ausgeweitet, so lange sie sich leicht in evolutionistische Fortschrittsreihen einreihen ließ und unsere eigene Position auf der Höhe des Fortschritts nicht zweifelhaft war. Aber je schwieriger schließlich die Konstruktion jener Entwicklungsreihen bei steigender Genauigkeit der Forderung wurde und je bedeutendere Risse und Sprünge unsere eigene feste Gegenwart zeigt, um so enger und erschütternder liegt theoretisch und praktisch das Problem auf, das ich oben zu bezeichnen versuchte. Die Idee der europäischen Humanität und der zugehörigen Staats- und Gesellschaftsordnung wurde relativiert, kritisch zerlegt, wie althergebrachten Zukunftsplänen oder dem Beharrnis oder dem rein nationalitätlichen Sinn für Interessen, die nur mit Gewalt zu verwirklichen sind. Riefische sprach von dem hereinbrechenden europäischen Nihilismus und die großen russischen Romantiker wandten sich mit Grauen von dem zerfallenden Westertum ab, als dessen Befestiger sie Kritik, Phylologie, Evolutionismus und schließlich Verzweiflung am angehenden Fortschritt anlehnten.

Hinter alledem liegen die Probleme der Geschichtsphilosophie, das heißt einer Bewältigung und Begrenzung des ungeheuren, immer reichender und breiter werdenden historischen Lebensstromes, nicht bloß der Konstruktion seiner Stadien und Bewegungsgeflechte. Das aber heißt mit anderen Worten: die Historie verlangt eine Auseinandersetzung mit der Idee eines bleibenden und maßgebenden Systems der Werte, das doch gerade von diesem Strom unterworfen und zerlegt zu werden schien. Das System der Werte aber ist nichts anderes als dasjenige, was wir mit anderen Worten das System der Ethik nennen. Welches ist Rolle und Bedeutung des Systems der Ethik für die große Aufgabe einer Bewältigung und Begrenzung der an sich grenzenlosen historischen Bewegung? Das ist die große Frage. Und diese Frage ist es, über die ich an dieser Stelle sprechen möchte. Die Kenntnis des Wesens der modernen historisch-wissenschaftlichen Forschung, das Gefühl für ihre Konsequenzen und Gefahren sehe ich dabei als allgemein verbreitet voraus. Es ist vielleicht hier in England weniger intensiv als bei uns auf dem Kontinent. Aber es ist angestrebt der religiösen, politischen und sozialen Erschütterungen und Argumentationen auch hier stark genug, um durch bloße Berufung auf Tradition, Sitte und praktische Zweckmäßigkeit nicht mehr recht überwinden werden zu können. Den historischen Relativismus führen wir schließlich überall in allen Stadien und er braucht daher in Entstehung, Wesen und Wirkung nicht näher erläutert zu werden. Das wirkliche Lebensproblem liegt in der Frage nach den Möglichkeiten, wie weit eine bewußtlich gesicherte und gefakte Ethik ihn bändigen und begrenzen kann.

Nun stehen aber freilich auf dem Boden der Ethik, wie sie sich heute gestaltet hat, dieselben Probleme in etwas anderer Form wie

gesehen, dann folgen Bestimmungen über die Zulassung zu den öffentlichen Kammern, die Vereins- und Pressefreiheit sowie die Gleichstellung beim Ausüben von Handel, Landwirtschaft und Industrie. Bei den Unterrichts- und Wohltätigkeitsangelegenheiten ist nicht nur die Gewährung genügender Mittel aus öffentlichen Fonds vereinbart, sondern auch die Zulassung von Lehrpersonal, Geistlichen, Ärzten und Krankenpflegern nach freier Wahl, ebenso die Beschaffung von Büchern, Bibliotheken usw. Bei den Volks-, Mittel- und Hochschulen ist bestimmt, bei welcher Schülerzahl (weder a) besondere Schulen oder b) besondere Parallelklassen zu errichten sind oder c) die Minderheitensprache wenigstens einen obligatorischen Lehrgegenstand bilden oder d) zum mindesten Religionsunterricht in der Minderheitensprache erteilt werden muß.

Die Hauptfrage bleibt freilich auch beim besten Vertragsinstrument, ob und wie es ausgeführt wird. In Oberschlesien ist nun eine gewisse Gewähr für lokale Durchführungen von polnischer Seite gegeben, da im Falle von Vertragsverletzungen die Möglichkeit der Wiedervergeltung besteht. Bedauerlich ist, daß als Beschwerdeinstanz der Senef Völkerverbund angenommen ist, der bei seiner gegenwärtigen Konzeption gegen die Wünsche des französischen Imperialismus wenig Majoritätssicherheit für unparteiische Entscheidungen in deutsch-polnischen Streitfragen bietet. Der Schiedschof im Haag würde eine ganz andere Garantie gewesen sein. Trotz dieses erheblichen Mangels aber würde es einen hohen Gewinn für unser Volkstum bedeuten, wenn es gelang, den deutschen Minderheiten in allen Staaten dieselben Rechte zuzusichern wie im polnischen Teile von Oberschlesien.

Der Weg zu diesem Ziel kann von Fall zu Fall verschieden sein. Neben zweifelhaften Verträgen können auch allgemeine internationale Garantien in Frage kommen; in manchen Fällen könnten vielleicht das Deutsche Reich und Deutsch-Österreich gemeinsam als eine der beiden vertragsschließenden Parteien auftreten.

Außerdem gibt es noch einen Weg, den des Beispiels der Gewährung von Minderheitenrecht ohne Rücksicht auf Gegenleistung. Auch innerhalb der widerrechtlich so arg verengten deutschen Grenzen leben noch keine nationale Minderheiten, darunter solche, die einem anderen Staate gar nicht angehören wollen. Zu den letzteren gehören die Mauren in Ostpreußen, die durch ihre Abstammung ein überwältigendes Bewusstsein zum deutschen Staat und zur deutschen Kultur abgelegt haben, dann die Sorben und die Polen in der Lausitz und Umgegend. Ihnen sollten, obwohl hier eine Gegenleistung von anderer Seite gar nicht in Frage kommt, weitgehende Rechte eingeräumt werden. Artikel 113 der Reichsverfassung sieht solche Bestimmungen vor, Artikel 75 der preussischen Verfassung überträgt die Befugnis dazu den Provinziallandtagen. Der Erlass von Ausführungsgeboten im Sinne der beiden Verfassungsparagraphen wäre eine Tat von großer moralischer Wirkung.

Der Wunsch des Lebensretters.

Ein Gnadengebot für die sieben zum Tode Verurteilten.

Karlruhe, 18. Juli. (W. L. B.)

Der Schwirt Max Hladt in Schl hat vor einiger Zeit zwei französische Soldaten, die bei einer Pontonübung im Rhein ins Wasser gefallen waren, unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Einige Tage nach dem Vorfall wurde Hladt durch den Delegierten der Rheinlandkommission Oberleutnant Roh in Rehl und durch den Kommandanten des Brückenkopfes Rehl, General Michel, Dank und Anerkennung ausgesprochen. Auf die Aufforderung des Delegierten, einen Wunsch zu äußern, erbat Hladt die Begnadigung der sieben zum Tode verurteilten Deutschen im Ruhrgebiet. Das hierauf auf Anraten des Generals Michel von Hladt gefertigte Gnadengebot hat ersterer sofort an die zuständigen Stellen in Koblenz weitergegeben.

Alle Deutschen vereinen sich in der Hoffnung, daß der Wunsch des ausgezeichneten Mannes, der den Franzosen eine beachtenswerte Leistung gibt, erfüllt, daß dank seinem Mut und seiner Geistesgegenwart das Leben der sieben zum Tode Verurteilten gerettet werden wird.

tee und kommen neue hinzu, die aus der inneren Natur und Schwierigkeit des ethischen Gedankens selber stammen.

Durch die moderne Psychologie, den Historismus und Evolutionismus ist das ganze Gebiet der ethischen Normen selbst in den Flut der Dinge hineingezogen und historisiert worden. Der, wie es scheint, allmächtige Trieb der Modernen zur Simplifikation und zu möglichst monistischen Deduktionen hat dazu geführt, die ethischen Normen selber von vorethischen und noch-nicht-ethischen Trieben herzuleiten, ähnlich wie man auf dem Gebiete des zur Psychologie erweiterten Darwinismus die scheinbar festen und zweckmäßigen Formen aus Kreuzungen ungewisser und formloser Zufälligkeiten herzuleiten suchte. Die Nachweise der Soziologie über die Abhängigkeit der ethischen Normen von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen und Geschichtsverhältnissen schienen diese monistische Erklärung und Ableitung endgültig zu vollenden, nachdem David Hume und Adam Smith die Entstehung der Affektion objektiver moralischer Gebote sinnreich und kein zu erklären begonnen hatten. Daraus ist dann der Utilitarismus und ethische Empirismus in seinen zahlreichen Formen entstanden, der schließlich die Begründung eines festen Moralismus überhaupt nicht mehr leisten konnte und zur allgemeinen Moralstapferei oder zum bloßen Pragmatismus und Pragmatismus führte.

Aber nicht diese Fragen sind es, auf die ich hier eingehen möchte. Sie stehen und fallen mit der allgemeinen Theorie eines monistischen Empirismus, der sich darauf kapriziert, alles Normative auf Zufälligkeiten der psychologischen Geschichte zurückzuführen und alle Sollgebote der Position auf psychologische und phylogenetische Naturgesetze des Bewußtseinsstromes zurückzuführen, obwohl in allen möglichen anderen Hinsichten die Welt voll von Dualismen und Pluralismen bleibt. Die empirischen Normismus ist in Wahrheit lediglich die alte Erkenntnis entgegenzuhalten, die schon Plato den Sophisten und Naturalisten entgegenhielt und die vor allem von Kant in der Neuzeit im Formuliert worden ist, die aber auch schon in England die Schule Reids der Schule James und in Frankreich Descartes den Skeptikern entgegenstellte. Logische, moralische, rechtliche und ästhetische Positionen sind und bleiben Positionen, die sich dem Flut des psychologisch-ethischen Gedankens entgegenstellen und Recht und Notwendigkeit dazu aus ihrem sachlichen Gehalte schöpfen, ganz einerlei, wie sie im psychologischen Zusammenhang entstanden sein mögen. Nicht das Wie? der Geneis, sondern das Was? der sachlichen Inhalte und ihrer logischen Verknüpfungen entscheidet. Das gilt für alle Normgebiete, also auch das moralische. Wie es zu der Möglichkeit einer derartigen selbständigen Selbsthaltung des Bewußtseinsstromes in genetisch erklärbarer Geschichte und sachlich sich selbst begründende Positionen komme, das ist eine weitere Frage, die an dem völlig klaren und für die Möglichkeit schon des Denkens selbst entscheidenden Tatbestand nichts ändern kann.

Deutschland und der Völkerverbund.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Zu dem jetzt viel erörterten Thema, ob Deutschland in den Völkerverbund eintreten solle, erregt auch der Vorliegende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der frühere Reichskanzler Herrmann Müller im Vorwärts das Wort, um sich grundsätzlich dazu zu äußern. Wie die deutsche Regierung und die in ihr vertretenen bürgerlichen Parteien dazu stehen, sagt er, wisse die Welt nicht. Die deutsche Regierung gehe seit Monaten jeder außenpolitischen Aussprache im Reichstage aus dem Wege. Der auswärtige Ausschuss beschäftige sich nur mit handelspolitischen Abkommen. Das Ausland gewinne in der Frage der Völkerverbindung zum Völkerverbund den Eindruck, daß Deutschland Regierung absolut passiv sei, weil sie die deutschen Kaisertruppenpolitiker unter keinen Umständen vor den Kopf stoßen wolle. Da die deutsche Volkvertretung verträge, sei es doppelte Pflicht, in der übrigen Öffentlichkeit klar Stellung zu nehmen. Der jetzige Zeitpunkt zum Eintritt in den Völkerverbund sei vor allem deswegen geeignet, weil Deutschland durch seinen gewalttätigen Widerstand gegen den stärksten Militarismus der Welt sich in der Welt Sympathien erworben habe. Sicherlich würde das offizielle Frankreich, solange Poincaré an seiner Spitze stehe, Schwierigkeiten zu machen versuchen. Durch Vorläufigen müßte deshalb festgelegt werden, ob Frankreichs Position tatsächlich so stark sei, daß es Deutschlands Aufnahme durch unaufrichtige Zimmertüren sabotieren könne. Herrmann Müller fährt dann fort:

„Ebenso wenig wie Deutschlands Aufnahme von Bedingungen abhängig gemacht werden darf, soll es selbst Bedingungen stellen. Jedes Verhandeln über formulierte Bedingungen ließe in übrigen bei der Schwerfälligkeit des diplomatischen Apparates die Aufnahme mindestens in das nächste Jahr hineinverlagern. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß, wie die Heilung des Angerbunden sozialdemokratischen Parteitag, daß Deutschland eine der Bedeutung der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung im Völkerverbund gesichert sein muß. Anhängers des Völkerverbundes sind auch im Ausland hierüber nicht im Zweifel. Und daß Deutschland die Zustimmung eines Stipes im Völkerverbund zu erlangen vermöge, müßte ihm in ein solcher zugestimmt werden. Die Möglichkeit, Deutschland zunächst durch Wahl in den Rat aufzunehmen, ist gegeben, solange das Statut ihm dieses Recht nicht ohne weiteres einräumt. Die Anhänger des Völkerverbundes im Ausland haben alles Interesse, festzustellen, daß der Völkerverbund nicht mehr nur ein Verfeiner der Siegerstaaten ist. Das wird am besten durch die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied erwiesen. Umgekehrt scheint mir das Bedenken hinsichtlich der Aufnahme in den Völkerverbund durch Verhinderung einmündiger Beschlüsse das Wert des Völkerverbundes und politischen Lage nach alles Interesse daran, mit den anderen Völkern am Aufbau Europas zu arbeiten. Mit Recht beklagt sich die deutsche Regierung darüber, daß sie bei der Erledigung großer, das europäische Interesse beherrschenden Fragen vom Verhandlungstisch ausgeschlossen sei. Sobald Deutschlands Mitglied des Völkerverbundes ist, ist es in allen Fragen, die dem Völkerverbund überwiegen werden, Verhandlungspartner.“

Herrmann Müller will von Bedingungen auf der einen oder auf der anderen Seite nichts wissen. Über darin scheint seine Ansicht sich auch mit unserer Auffassung zu decken, daß das Beste in der Voraussetzung liegt, daß Deutschland tatsächlich einen offiziellen Antrag auf Eintritt in den Völkerverbund stellen kann.

Oberleutnant Anfermann in Wien verhaftet.

Zu dem Mordüberfall auf Magmillan Harden.

In Berlin eingetroffenen Meldungen zufolge, ist Oberleutnant Anfermann, der vor ungefähr einem Jahre in der Kolonie Grunewald das Attentat auf Maximilian Harden verübte und seitdem flüchtig war, auf Grund des damals gegen ihn erlassenen Haftbefehls gestern in Wien verhaftet worden. Seine Auslieferung ist von den deutschen Behörden bereits beantragt worden. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III hat von neuem die Voruntersuchung gegen ihn wegen versuchten Mordes eröffnet. Wie erinnerlich, wurden jetztzeitig in dem Pro-

Nicht darin liegt das Problem, sondern darin, daß die so zu stande kommenden Positionen nun doch allerdings auch ihrerseits tiefen historischen Wandlungen unterworfen sind und daß sie selbst nicht weniger als einfach, sondern in sich selber spannungsreich und komplex sind. Die Frage, woher es kommt, würde sich in die Frage nach der inneren Entwicklung des Geistes und seiner Durchbrüche in dem bloßen Seelenleben hineinziehen. Doch das ist eine metaphysische Frage und vielleicht überhaupt nicht aufzählbar. Ich will hier nur an den vorliegenden Tatbestand halten, die historische Bedingtheit und Komplexität der Normen nur als Tatsache hinnehmen und sie lediglich unter dem Gesichtspunkte analysieren, wie unter diesen Umständen für jede Gegenwart trotzdem eine normale Position gesetzt werden kann. Und zwar möchte ich dabei aus dem breiten und großen Begriff der normativen Positionen nicht wieder auf die am Anfang erörterten besonderen ethischen Positionen zurückgehen. Der Vergleich mit den logischen Positionen, an denen die autonome Selbstständigkeit der Sogung am klarsten wird, ist doch nur ein Vergleich; und wenn Kant gerade an diesem Vergleich die Autonomie auch der ethischen Sogungen besonders erfolgreich klar gemacht hat, so hat er doch diesen Vergleich zu weit getrieben und das Ethische zu sehr den Logischen angelehnt. In Wahrheit gilt es, nachdem dieser Vergleich für die Erkenntnis der Autonomie auch des Ethischen das seine geleistet hat, die Aufmerksamkeit dem ethischen Phänomen in seiner Besonderheit zuzuwenden.

Diese Besonderheit besteht nun aber in einer außerordentlichen Komplexität des ethischen Bewusstseins, dessen Normen aus sehr verschiedenen Quellen und Richtungen zusammenfließen — und dessen dadurch bedingte Spannungen immer von neuem in ein einheitliches Energiebein zusammengefaßt werden müssen. Zwar ist auch das Logische nicht so einfach und spannungslos, wie es dem Durchschnittsverständnis erscheint. Die allgemeine formale Logik, die realwissenschaftliche empirische Logik und schließlich die das Viele und die Widersprüche vereinheitlichende Logik der Philosophie entspringen verschiedenen Quellen und Richtungen des Denkens, und ihre Zusammenfassung bildet die eigentliche ewige Schwierigkeit aller Philosophie. Aber diese Spannungen des logischen Gedankens haben nichts zu tun mit denen des ethischen und erklären nicht von sich aus die Komplexitäten des letzteren. Jedenfalls das für den zunächst vorliegenden Tatbestand, den es unabhängig und ohne Seitenblick zu analysieren gilt. Da aber ist der entscheidende Hauptfaktor die Komplexität des ethischen Bewusstseins. Es wird von jedem Blick auf die Erfahrung und die historische Wirklichkeit bestätigt. Sie ist der eigentliche Grund, weshalb eine Wissenschaft der Ethik so aber auch schwierig ist und weniger als alle anderen philosophischen Wissenschaften — die Welttheit vielleicht ausgenommen — so festen Ergebnissen und allgemeiner Anerkennung geführt hat. Sie spiegelt sich schließlich in den Gegensätzen und Widersprüchen der ethischen

sch gegen die Garden-Attentäter die beiden Helfer Anfermanns, Weichardt und Greig, wegen Beihilfe zur Körperverletzung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Welchen Weg Ehrhardt genommen hat.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Leipzig, 19. Juli.

Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt mit: Die Regierung ist zurzeit nicht in der Lage, über ihre Maßnahmen und den Gang der Untersuchung bezüglich der Flucht Ehrhardts der Öffentlichkeit Mitteilungen zu machen. Weil dadurch die Untersuchung zweck gefährdet werden würde, sobald dies nicht mehr der Fall ist, wird die Öffentlichkeit sofort und so umfassend wie möglich unterrichtet werden.

Wie jetzt verlautet, besitzen Unhaltspunkte dafür, daß Ehrhardt nach dem Süden geflüchtet ist. Am Sonntag nachmittag um 6 Uhr wurde das jetzt bekannte Automobil mit drei Insassen in Würzburg beobachtet. Der Kraftwagen mochte in der Stadt halt. Die Insassen nahmen in einem Restaurant einen Imbiß ein. Hierauf ging die Fahrt in südlicher Richtung auf der Straße nach Reichensbach weiter. Ehrhardt scheint also nach Bayern geflohen zu sein. Der Oberreichsanwalt hat nunmehr einen zweiten Stadtbrief gegen den Flüchtigen erlassen. Der Stadtbrief enthält eine genaue Beschreibung des Kraftwagens und ein neues Bild Ehrhardts.

Der Ehrhardt-Prozess ist vorläufig noch nicht verlag. Da aber nur gegen die Prinzessin Hohenzollern verhandelt werden kann, ist mit Wahrscheinlichkeit eine Vertragung des Termins zu erwarten.

Der flüchtige Hochschulpfessor.

Das Disziplinarverfahren gegen Martin Spahn.

Wie wir zu dem von uns gestern mitgeteilten Fall des Professors Martin Spahn hören, sind vom preussischen Kultusministerium, sobald ihm die Angelegenheit bekannt geworden war, Verhandlungen darüber eingeleitet worden, ob der Tatbestand die Ansetzung eines Disziplinarverfahrens rechtfertigt. Durch die Absicherung Röhns seien diese Verhandlungen dann unterbrochen worden. Jetzt stehen die Verhandlungen, die vor kurzem wieder aufgenommen werden konnten, vor dem Abschluß. Wir wollen nur hoffen, daß sie dort nicht stehen bleiben, insofern daß diese peinliche Angelegenheit schnellstmöglich zu Ende geführt wird.

Der neue Leiter der thüringischen Polizei.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Weimar, 19. Juli.

Das thüringische Staatsministerium hat den vorzutragenden Rat im thüringischen Ministerium des Innern, Müller-Brandenburg, zum Polizeioberst und Leiter der thüringischen Landespolizei ernannt. Müller-Brandenburg ist der Begründer und Organisator der Thüringer Landespolizei. Nach den mitteldeutschen Unruhen im Frühjahr 1921 wurde er seines Dienstes enthoben und auf Veranlassung des Reichs gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet, weil ihm gemeinsame Sache mit den Kommunisten nachgelagt wurde. Das Verfahren wurde vor einigen Monaten von der Oberreichsanwaltschaft eingestellt. Da seine jetzige Ernennung aus besonderen Wunsch der Reichsregierung erfolgt ist, ist ihm auch von dieser Seite volle Genehmigung zuteil geworden.

Die Frage der proletarischen Hundertschaften.

Eine keine Fälschung.

Die „Mote Hohne“ bringt heute morgen in auffälliger Form die Mitteilung, daß sich die Sozialdemokraten für die Bildung gemeinamer proletarischer Hundertschaften mit den Kommunisten ausgesprochen haben. Wie dazu von sozialdemokratischen Parteivorständen mitgeteilt wird, handelt es sich bei dieser Mitteilung entweder um eine Missifikation oder um eine Fälschung. Man nimmt dort an, daß die Kommunisten bei ihrer Werbung ein Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes gemeint haben, das sich mit dieser Frage beschäftigte, sich jedoch dabei in gerade gegenteiliger Weise ausdrückt.

Schöne selber, die keineswegs bloß aus dem Unterschiede einer empirischen und einer neologischen Erklärung der ethischen Normbildungen stammt, sondern ebenso sehr aus den inneren sächsischen Spannungen und Zusammengehörigkeiten des ethischen Gedankens selbst. Freilich hat bei dem natürlichen Trieb des Ethischen auf einheitliche Normbildung diese zweite Seite der Problematik immer weniger Bedeutung gefunden als jene erste, von der fast die ganze Literatur seit den Griechen wiederholt. Allein jedoch ist die zweite die wichtigere und liegt sie in Wahrheit den Differenzen der historischen Systeme sehr viel mehr zugrunde, wenn auch freilich oft unbewußt.

Verfuchen wir zunächst aus diesem komplexen Gewebe denjenigen Faden herauszugreifen, der am deutlichsten zu Tage liegt und der uns am sichersten zu dem Ziel einer allgemeinen und objektiven Normbestimmung zu führen verpricht.

Es sind das die Bestimmungen des sogenannten Bewusstseins, die allgemeinen moralischen Forderungen der herkömmlichen Tugend- und Pflichtenlehre, die Forderungen der persönlichen sittlichen Würde, der Charakterfestigkeit, der Selbstbeherrschung, einerseits, der Gerechtigkeit, Güte und des Gemeinsinnes andererseits. Es sind die alten, von der sokratischen Schule herausgearbeiteten und von der Stoa genauer begründeten Tugenden, die dann unter christlicher Einwirkung mehr als göttliche Forderungen und damit als Pflichten erscheinen. Es sind in Wahrheit die allgemeinen formalen Normen, die aus dem Wesen des sittlichen Bewusstseins hervorgehen. Will man sie nun aber genauer aus diesem heraus konstruieren, so wird man nicht mit dem strengsten modernen Denken sie lediglich als der Allgemeingültigkeit und Objektivität der sittlichen Vernunft oder aus dem Begriff des Sollens allein und unmittelbar heraus konstruieren können. Man wird bedenken müssen, daß das Sittliche ein Handeln ist, daß alles Handeln eine Verwirklichung von Zwecken ist und daß daher auch seine Einheit nur aus dem Zweck konstruiert werden kann, wie das ja schließlich selbst Kant in einigen Neben- und Hilfsgeanken getan hat. Der zunächst ins Auge springende Zweck des sittlichen Handelns ist die Gewinnung und Behauptung der freien, in sich selbst begründeten und einheitlichen Persönlichkeit. Die Persönlichkeit ist es, die den Zweck und die Einheit und die Einheit des natürlichen Triebes selbst, Einheit und Geschlossenheit der Persönlichkeit erst geschaffen und erworben werden. Niemand wird als Persönlichkeit geboren, jeder muß sich selbst dazu erst durch Gehorham gegen einen zu Einheit und Zusammenfluß führenden Trieb umschaffen. Freiheit und Schöpfung sind das Geheimnis der Persönlichkeit. Die Selbstschöpfung der Persönlichkeit ist aber bei uns endlicher, aus dem Lebens- und Bewußtseinsstrom auftauchenden Geistes sich selbstständig keine absolute. Sie findet statt im Gehorham und in der Hingebung an einen Zug zur Vollendung von der Welt natürlichen und zufälligen Motivation, an einen Zug zum

Postalische Zügigkeit.

Wie lange braucht ein Brief von Berlin nach Hamburg?

Das Briefporto ist in der letzten Zeit außerordentlich erhöht worden. Am 1. Juli trat eine Verdreifachung der Tarife ein. Der Brief folkt augenblicklich im Fernverkehr 300 Mark. Am 1. August wird das Porto für den Brief im Fernverkehr auf 1000 Mark erhöht. Diese Erhöhungen sind an sich gewiss nicht unberechtigt. Wo alles steigt, kann das Porto allein nicht zurückbleiben. Aber man sollte sich mindestens erwarten dürfen, daß die Leistung der Post nicht in demselben Maße fällt wie ihr Anpruch wächst. Und doch ist es so. Die Fälle, in denen die Bestellung der Post eine ganz unerhörte langsame und unregelmäßige ist, mehren sich in der letzten Zeit derart, daß ein öffentlicher Hinweis notwendig wird. Wir sind ein öffentlicher Hinweis erforderlich unsern Betagungs in der Lage, aus der täglichen Erfahrung unser Betagungs ein ganz Reihe derartigen Fälle aufzuführen. Wie lange braucht ein Brief, um den weiten Weg von Berlin nach Hamburg zurückzulegen? Er wird laut Posttempel am 21. Juni 7 bis 8 Uhr nachmittags auf dem Berliner Postamt SW. 19 aufgegeben. Er trifft in Hamburg bereits am 25. Juni ein. Das ist ein Fall, in dem die Post sich besonders heilt hat. Uns liegen drei andere Briefumschläge vor, die in Berlin am 30. Juni und am 1. Juli abgestempelt sind. Diese wurden in Hamburg erst am 13. Juli mit der letzten Bestellung nach 6 Uhr abends ausgeliefert. Danach kann man sich nicht mehr wundern, wenn ein Brief, der am 6. Juli nachmittags in Berlin aufgegeben wurde, erst am 9. Juli morgens in Mannheim eintrifft, und daß Briefe, die am 6. Juli abends zwischen 5 bis 6 Uhr in Berlin zur Aufgabe gelangen, erst am Montag, 9. Juli in München bestellt werden. Es bedarf keiner Ausführung, welche schwere Schädigung der gesamten Geschäftswelt mit einer so skandalösen Verzögerung der Briefbestellung verbunden ist, wieviel geschäftliche Aufträge dadurch nicht zur Ausführung gelangen, wieviel Geschäftsabschlüsse dadurch vereitelt werden. Jeder andere Vertragspartner würde, wenn er seine vertraglichen Pflichten in so großer Weise verletzte, dem Geschädigten in voller Höhe ersatzpflichtig sein. Die Post ist nicht gegen diese peinliche Folge durch Monopol und Gesetz. Um so mehr ist es ihre Pflicht, aus freien Stücken Abhilfe zu schaffen. Hier liegen Organisationsfehler vor, denen schnellstmöglich abgeholfen werden muß, wenn die deutsche Post sich nicht um allen Kredit bringen will.

* Zu dem von uns kürzlich behandelten Fall der verzögerten Ausführung von Fernsprecharbeiten wird uns mitgeteilt, daß diese Angelegenheit inzwischen zur vollen Zufriedenheit des Teilnehmererlaubt ist, und daß die Verzögerung einem Mißverständnis des erteilten Auftrags entsprungen war.

Ludwig Bamberger zum Gedächtnis.

Eine Rede des Reichsministers Oeser.

Zu Ehren Ludwig Bambergers, des Vorkämpfers für deutsche Einheit und Freiheit, dessen 100. Geburtstag auf den kommenden Sonntag fällt, veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Deutschen republikanischen Reichsbundes in Meißelau, Rathener Straße 38, eine Gedenkfeier am morgigen Freitag, 20. Juli, abends 8½ Uhr. Die Gedenkfeier hat der Reichsminister des Innern Oeser; außer ihm nimmt Max Broemel, der ehemalige Reichstagsabgeordnete für Stettin, als Freund Bambergers das Wort. Edmund und Edwin Kluge umrahmen die Feier. Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei. Karten in der Geschäftsstelle des Bundes, Vonderrstraße 12, morgen in der Zeit von 3 bis 5 Uhr, sowie abends am Eingang des Saales.

* Wie wir erfahren, ist gegen alle diejenigen Magistratsbeamten des besetzten Gebietes, die in dem Verdacht stehen, mit den französischen und belgischen Instanzen zusammengehandelt zu haben, eine disziplinarische Untersuchung eingeleitet worden. Sobald in den einzelnen Fällen der Tatbestand geklärt ist, werden die Namen derjenigen, die tatsächlich mit den Franzosen Hand in Hand gearbeitet haben, veröffentlicht werden.

Sollen, der dem Zug zu der logischen Wahrheit und Mächtigkeit analog ist und wie dieser aus tieferen, geligeren Schichten unseres Bewusstseins aufsteigt. Es ist ein rein formales Ziel, das Ziel der Unabhängigkeit vom bloßen Schicksal und der Selbstbestimmung von innen heraus durch das Ideal einer gelassenen, verlässlichen inneren Einheit und Klarheit unseres Wesens. An welchen konkreten Lebensstoffen und konkreten Einzelzwecken die hindurch erworbenen Eigenschaften bewahrt und betätigt werden sollen, das ist dann eine Frage für sich. Daran wird die weitere Untersuchung anzuknüpfen haben und von hier aus wird sich dann erst die Komplexität des Ethischen ergeben. Sie ist bis jetzt noch nicht in unser Blickfeld getreten. Dafür haben wir es aber auch nur mit einem rein formalen Zweck, der gelassenen Einheit, Zentralität, Geschlossenheit, Folgerichtigkeit und Bestimmungstrennung der Persönlichkeit zu tun.

Aus diesem gelassenen Zweck lassen sich die sittlichen Einzelforderungen mühelos ableiten, sowie man bedenkt, daß erstlich diese Persönlichkeit sich in einer Doppelsichtung, in einem Verhalten zu sich selbst und einem Verhalten zum Mitmenschen, sich enthalten muß und daß zweitens der Persönlichkeitscharakter nicht bloß vom Einzelmenschen, sondern auch von Gemeinschaften als Forderung gilt, daß nicht nur Einzelpersönlichkeiten, sondern auch Kollektivpersönlichkeiten gefordert sind. Die in diesen Richtungen entfallenden, auch ihrerseits rein formalen Forderungen können sich dann aber als Einzelforderungen demot verhalten, daß man darüber ihren Zusammenhang mit dem grundlegenden, im Sollen überhaupt enthaltenen Zweck und die Angewiesenheit dieses Zweckes auf einen konkreten, kulturellen Betätigungsfeld vergleichen kann. Das ist oft genug praktisch und theoretisch gelassen und dann erscheinen die Einzelgehote wie etwas Absolutes, sich selber Tragendes, was sie doch in Wahrheit nur durch ihren Zweckzusammenhang sind.

Was das erste Moment anbetrifft, so spaltet sich dadurch das sittliche Verhalten in Pflichten gegen sich selbst und in Pflichten gegen die Mitmenschen, wie die traditionelle Moral es formal vielgehendig antwortet, aber sachlich ganz richtig formuliert. Das Handeln in der Richtung auf das eigene Selbst fordert von uns in erster Linie die strenge Wahrhaftigkeit oder Selbstbereinigung, die Energie und Charakterfestigkeit, die Bestimmung einer Richtung auf die inneren moralischen Werte im Gegensatz gegen jeden Eudämonismus, die Strenge und die Willensstärke einer zusammenhängenden Selbstgestaltung, kurz, die Herausarbeitung und Behauptung der sittlichen Würde. In der Richtung auf den Mitmenschen richtet sich das Handeln auf eine Auffassung und Behandlung dieses Mitmenschen nicht bloß als Mittel, sondern zugleich als eines Selbstzweckes, der genau wie wir Menschwürde besitzt oder zu ihr berufen ist. In dieser berühmten kantischen Formel ist alles Wesentliche gesagt. Darin liegt vor allem die Forderung der Gerechtigkeit, die Leben und Dinge nicht nur vom eigenen Standpunkt, sondern auch von

Gegen die bayerische Notverordnung.

Eine sozialdemokratische Interpellation. — Die Antwort des Ministers Schweger.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 19. Juli.

Im bayerischen Landtag kam heute eine sozialdemokratische Interpellation zur Behandlung, die von der Regierung Aufklärung verlangt, wann sie die bayerische Notverordnung vom 11. Mai aufzuheben gedenke. Die Interpellation wurde von dem Abgeordneten Udermann eingehend begründet, dessen Ausführungen dem Nachweis galten, daß die Verordnung einseitig nach links angewendet werde und daß gegen die rechtsradikalen Kreise und Geheimorganisationen nichts geschehe. Immer noch beständen Organisationen, die unverantwortlich die eigenartige Staatsgewalt ausüben. Ein besonders trauriges Kapitel seien die Presseverhältnisse, denn in den einzelnen Organen werde offen zum bewaffneten Kampf gegen Staatsbürger anderer politischer Gesinnung aufgerufen. Nach wie vor werde die Einheitsfront in Deutschland auch nach dem 11. Mai von Bayern erdolcht und ermordet. Der Redner übte eine scharfe Kritik an dem öffentlichen Auftreten des Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr und beschuldigte unter anderem den Führer der Bayerischen Volkspartei wegen einer im Oktober 1918 gefallenen Aeußerung des vollendeten Kriegesverrats, wofür er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde.

In der Beantwortung der Interpellation führte der Minister des Innern Dr. Schweger aus, daß er die Frage, wann die Regierung die Notverordnung aufzuheben gedenke, dahin beantworte, die bayerische Regierung werde die Notverordnung aufheben, sobald sie ihren Zweck erfüllt habe und ihr Fortbestand nicht mehr notwendig sei. Wann dieser Fall eintreten wird, läßt sich im Augenblick noch nicht bestimmen. Die Verordnung habe zweifellos gute Wirkungen erzielt. Die Absicht der Regierung gehe unbedingt dahin, bei der Durchführung der Verordnung alle parteipolitischen Erwägungen auszuklammern und allein das Gesamtwohl des Staates im Auge zu behalten. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Verordnung einseitig gegen links angewendet wurde, erklärte der Minister, daß insgesamt auf Grund der Verordnung gegen rechts 91 Verordnungen und auf Grund der Verordnung gegen links 69 derartige Fälle zu verzeichnen seien. Hierbei ist zu beachten, daß in Bayern die linksradikale Bewegung bedeutungslos, die rechtsradikale in voller, auch sehr wenig gebremster Blüte ist. Die Zahl der Fälle ist also nicht entscheidend, sondern die Gründe, aus denen Verbote erfolgt sind. (Die Red.) Wo bleibe da die einseitige parteipolitische Anwendung? Die Notverordnung werde ohne Ansehen der Person vollzogen. Es sei völlig unheimlich zu behaupten, daß sie auf rechtsradikalen Verstoß erlassen worden sei. Sogenannte militärische Geländebewegungen einzelner Organisationen seien auf Grund der Verordnung nicht mehr zugelassen worden. Der Minister begründete im einzelnen die erlassenen Zeitungsverbote, von denen sich fünf gegen rechtsstehende und acht gegen linksstehende Zeitungen richteten, und kam dann auf die Vorfälle anlässlich des deutschen Turnfestes zu sprechen, wobei er betonte, daß in das Turnfest ein Mißton gefallen sei. Er müsse aber feststellen, daß die Schuld hierzu nicht die Verordnungen und die Polizei trügen, sondern andere Leute, die geglaubt hätten, in das deutsche Turnfest Politik hineinzutragen.

Wenn gesagt werde, daß deutsch nur der sei, der auf die Hakenkreuzfahne schreit, so sei das ein Größenwahn, für den die Mehrheit der deutschen Turner kein Verständnis gehabt hätte. Es sei durchaus zu billigen, daß die Polizei letzterabend gegen die besprechenden Vorschriften Stellung zu verfahren, und die Polizei habe auch den Nachweis erbracht, daß man sich auf sie verlassen könne, und daß ihre vaterländische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben sei. Da politische eingetragene Umzüge mit Paradezügen und Paradezügen verboten wurden, sei die Polizei gezwungen gewesen, einzuschreiten. Die Vorfälle am vergangenen Sonnabend befinden sich im übrigen in Untersuchung. Die Leute, die den Zug formieren wollten, seien im übrigen darüber klar gewesen, daß ihr Vorhaben nach den Vorschriften nicht zulässig sei. Während ursprünglich die Nationalisten an

der Spitze des Zuges standen, seien später deutschpöhlische Turner vorangegangen. Die Polizei habe die Leute ausdrücklich aufgefordert, die Fahnen einzulegen. Erst als das nicht geschah und ein Beamter durch Stöße verletzt worden sei, sei die Polizei vorgegangen. Mer der staatlichen Gewalt Gewalt entgegensteht, dürfe sich nicht wundern, wenn er dabei hart angefaßt werde. Der Minister betonte am Schluß nochmals, daß die Verordnung zurzeit noch nicht entbehrt werden könne, und daß es unter diesen Umständen auf das tieffte Bedauern müsse, wenn der Reichspräsident oder der Reichstag ernsthaft daran gehen würde, die Aukerkräftigung der Verordnung zu verlangen. Die bayerische Regierung sei doch in erster Linie berufen, die Notwendigkeit oder Unnotwendigkeit einzelner Maßnahmen zu beurteilen. Ein Vorgehen von Berlin aus würde schwere innerpolitische Erschütterungen zur Folge haben (L), die im Hinblick auf die außenpolitische Lage des Reiches vermieden werden müssen.

In der Besprechung der Interpellation erklärte der Abgeordnete Schäffer für die Bayerische Volkspartei sich gegen eine Aufhebung der Notverordnung, wobei er betonte, daß anlässlich des deutschen Turnfestes von den Nationalsozialisten die Turner zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht worden sollten. Für die Bayerische Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei gab Dr. Hilpert die Erklärung ab, daß seine Fraktion sich an der Aussprache nicht beteiligen werde, weil die Interpellation nur agitatorische Bedürfnisse befriedigen soll. Er forderte im übrigen eine rasche Unteruchung und Aufklärung der Vorfälle des vergangenen Sonnabends. Der Demokrat Dr. Dirr übte scharfe Kritik an den Methoden der nationalsozialistischen Partei, deren Bestrebungen darauf gerichtet seien, die deutsche Einigkeit und die deutsche Einheitsfront zu zerschlagen. Der Redner ermahnte die bayerische Regierung besonders, für die Aufrechterhaltung der Einheitsfront zu sorgen, und verlangte für seine Partei, daß die bayerische Notverordnung nach jeder Seite hin gerecht vollzogen werde. Auch der Redner des Bayerischen Bauernbundes sprach sich in demselben Sinne aus. Der aus der Partei stammende Sozialdemokrat Körner erklärte, daß die Arbeiterklasse in der Wahl im November immer ihre volle Schuldigkeit getan hätte, da sie aber die Treibereien im rechtsrheinischen Bayern gegen das Reich nicht mehr länger mitmachen könne. Diese Ausführung löste in rühmlichen Beifall bei den Sozialdemokraten aus und es wurden gegen den Führer der Mittelpartei Rufe wie „Landesverräter“, „Hochverräter“ usw. laut. Der Präsident rief die Zwischenrufer zur Ordnung. Nach der Rede des Kommunisten wurde die Besprechung geschlossen.

Die Verkehrsperre gegen die Turner gerichtet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Kr. Soblen, 19. Juli.

Wie ich aus zuverlässiger Quelle vernehme, ist der angelegte Grund der Franzosen für die Verlängerung der Verkehrsperre, als den sie die Zwischenfälle in Bamern anführen, nur ein Vorwand. In Wirklichkeit wollen sie die rheinischen Turner abhangen, die ohne Rücksicht auf die Verkehrsperre umgehen haben, um an dem Turnfest in München teilzunehmen, und in den nächsten Tagen zurückzukehren. Die Kontrolle ist auf das äußerste verschärft worden und alle Wälder und Feldwege an der Grenze des abgegrenzten Gebietes werden Tag und Nacht streng überwacht.

Tödlicher Artistenunfall in der Tschechoslowakei. Ein scheinbarer Unfall, der seit einer Reihe von Jahren die ganze Welt berührt und sich mit keinem Joseph an einem Trahsitz von Woden der Arena herübergetragen läßt, ist, wie uns aus Prag telegraphiert wird, in der Tschechoslowakei seinem Künftigen zum Opfer gefallen. Bei einer Vorstellung in Budweis wurde ihm der Kopf samt der Kopfhaube abgerissen. Der Artist starb kurze Zeit darauf im Krankenhaus.

Stettin, 18. Juli. (Privat-Telegramm.) Wie aus Wolgast gemeldet wird, hat sich in der Nähe von Maltschin ein schweres Segelbootunglück ereignet. Vom Meeresufer her wurde das Segelboot „Wolgast“ in die Klüppeln aufgedrückt. Von den drei Insassen schied je einer. Auch in der Nacht bei Wismar ferterte ein Segelboot. Zwei Herren konnten sich retten, die beiden anderen Insassen und eine Dame ertranken.

Die moralische Regelung ist bei der Verwickeltheit der Verhältnisse und der Verteilung der Verantwortung hier sehr viel schwerer durchzuführen, die Moralisierung der Gruppen überhaupt sehr viel schwieriger als die der Einzelmenschen. Aber im Prinzip handelt es sich um die gleichen Forderungen, der Gerechtigkeit und der Güte, der Anerkennung und Erziehung, der Abtötung und der Förderung. Von da steigt die Forderung auf bis zum Ideal der Menschheit und der Menschheitsgemeinschaft, in der die nationalen Gruppen ebenso moralisch verbunden und aufeinander eingestellt sind, wie innerhalb der Nation die einzelnen Gesellschaftsgruppen. Das ist dann der moralische Begriff oder das Ideal der Menschheit, das etwas ganz anderes ist als der anthropologische oder geographische Begriff der Bevölkerung unserer Erde und der mutmaßlichen Kulturverwandtschaft aller Völkergemeinschaften, die Menschenantlitze tragen. Das sind alles notwendige Folgerungen aus dem formalen moralischen Grundgedanken, wenn er einmal bis zu dem letzten seiner Konsequenzen getrieben werden soll. Zementprägend lehrten diese Lehren auch in allen Ethiken wieder als Lehren von der Humanität, der Menschlichkeit, der internationalen Gerechtigkeit, der Menschenrechte und des Fortschrittes. Seit die Stoa den Horizont der Ethik über moralische, allgemeingültige Forderungen, und das Nationale hinaus grundlegend erweiterte hat, sind die christlichen Ideen der Nächstenliebe in die modernen Ideen der Humanität und des Fortschrittes zu sittlicher Läuterung und Einheit übergegangen. Nur muß man dabei stets im Auge behalten, daß es eben gerade nicht die Menschen und die Gruppen als Naturwesen sind, um die es sich dabei handelt, sondern die Menschen und die Gruppen als Vernunftwesen und als aus Freiheit sich selbst erst herbeibringende Vernunftschöpfungen. (Der Schluß des Aufsatzes erfolgt morgen abend.)

Studentische Tagung. Der 5. Vertretertag der rechts- und staatswissenschaftlichen Fachgruppe der Deutschen Studentenschaft wird am 27. und 28. Juli in Halle a. S. tagen.

Der neue Rektor der Münchner Universität. Bei der an der Münchener Universität vorgenommenen Wahl des Rektors für das Studienjahr 1921/22 wurde mit großer Mehrheit der ordentliche Professor für deutsche Philologie, Geheimrat Dr. Karo v. Kraus, gewählt.

Wissenschaftliche Nachrichten. Die Privatdozentin für klassische Archäologie an der Universität Gießen, Frau Dr. Margarete Bieber, ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden.

Der frühere ordentliche Professor an der Universität Straßburg, Dr. Friedrich Schlegel, wurde mit großer Mehrheit der ordentliche Professor für deutsche Philologie, Geheimrat Dr. Karo v. Kraus, gewählt.

Zum Professor der historischen Hilfswissenschaften an der Berliner Universität ist Professor Ernst Berns (Hül) berufen worden; gleichzeitig ist der Staatsarchivar am Schweizer Staatsarchiv Berlin, Dr. Hermann G. a. b. zum Honorarprofessor mit dem Brevet für historische Hilfswissenschaften in Aussicht genommen.

Die letzten Kriegsgefangenen in Rußland.

Freiwilliger Verzicht auf Heimkehr.

In Rußland befinden sich noch immer deutsche Kriegsgefangene. Bei dem letzten Rußland, der vor ungefähr Monatsfrist aus Sibirien in Moskau eintraf, befanden sich unter den 120 ehemaligen Gefangenen aber nur 6 Reichsdeutsche. Es haben, wie verschiedene andere Deutsche, die ihnen bereits 1921 gebotene Gelegenheit, heimgekehrt zu werden, nicht benutzt und sind bis jetzt freiwillig dort geblieben. Zwei von diesen sechs ehemaligen deutschen Soldaten, Solinik und Heinrich Alesner, wollen auch weiter in Rußland bleiben. Ueber die Weiterfahrt der vier anderen, Wilhelm Bräun, August Siebert, Oroschsonar und Karl Borawski, ist noch nichts bekannt. Mit der Heimkehr weiterer, bisher vermischer ehemaliger deutscher Kriegsgefangener aus Sibirien ist kaum zu rechnen. Die jetzt noch in Sibirien befindlichen ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen haben alle Gelegenheit zur Heimkehr gehabt, haben diese aber nicht benutzt.

Fremde in Berlin. Im Hotel Adlon sind abgestiegen: der englische Vertreter Hermann Wright aus London, der Großhändlermann Albert Nissen aus Kopenhagen, der Großindustrielle B. C. Carlsson aus Chicago und der Diplomat Carlos Paganilla aus Santiago de Chile.

Vorläufige Einigung im Krankenhausdienst. Die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter über den Konflikt in den städtischen Krankenhäusern haben, vorbehaltlich der am Sonnabend und Montag zu erwartenden Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen, zu der vorläufigen Einigung geführt, daß die nach im Dienst befindlichen Pfleger die gestellte Arbeit innehalten und daß den Entlassenen ihr Gehalt bis zum 21. Juli nachgezahlt werde.

Die Ferienkündigung der Stadtbewohner. Die am nächsten Donnerstag stattfindende, weit eine außerordentlich umfangreiche Tagesordnung auf. Außer den noch aus früheren Sitzungen stammenden Vorlagen, Anträgen und Ausschussberichten soll eine große Reihe von Vorlagen erledigt werden, die der Magistrat neu eingebracht hat. Dazu gehören auch mehrere Grundstücksangelegenheiten in der Verkauf der Berliner Stadtbauverwaltung hervorzuheben, die im Ausschuss, wie von uns berichtet, eingehend erörtert worden ist und auf die geschäftliche Handhabung durch den Vorsitzenden des Ausschusses dieser Gesellschaft in Potsdam und auch durch den Magistrat ein eigentliches Licht geworfen hat. Voranschaulich wird es deswegen noch zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen. Auch die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe dürfte ohne Debatte über die Wohnungszwangswirtschaft und die bisherigen Erfolge der Wohnungsfürsorge nicht abgehen.

Der Mädchenraub auf der Insel Juist. Aus Aurich wird uns gemeldet: Der Verbrecher, der auf der Insel Juist den Mord an einem 15jährigen Mädchen verübt hatte, ist verhaftet worden. Ein Gärtner, bei dem der Verbrecher Blumen kaufen wollte, erkannte ihn und machte der Polizei Mitteilung.

Fransösischer Fliegerlandung im Neckargebiet.

Der Apparat verblieben.

Badnang (Neckarreis), 19. Juli. (M. T. B.)

Gestern nachmittag landete in der Nähe der Stadt ein französischer Verkehrsflieger infolge Motorfehlers. Das Flugzeug gehörte der Luftverkehrsgesellschaft Franco-Romaine. Der Pilot und ein Passagier wurden von der Ortspolizei zunächst in Sicherheit genommen, konnten aber nach Prüfung der Papiere unter Zurücklassung des Flugzeuges wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Der Apparat wurde behördlichseits beschlagnahmt.

Weiterausicht für morgen in Berlin und Umgebung. Etwas wärmer, vielfach heiter, vorübergehend wieder stärker bewölkt bei mäßigen südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Allgemeine Wetterausichten für Deutschland. Im westlichen Sinnlande ziemlich zehrende, im Osten und an der Küste mehr über einzelne Gewitterregen.

Verantwortliche Redakteur: für innere Politik: Ed. Gombrowitz; für auswärtige Politik: Josef Gombrowitz; für Volkswirtschaft: Gombrowitz; für den Handel: Gombrowitz; für die Landwirtschaft: Gombrowitz; für die Industrie: Gombrowitz; für die Kunst: Gombrowitz; für die Wissenschaft: Gombrowitz; für die Literatur: Gombrowitz; für die Musik: Gombrowitz; für die Theater: Gombrowitz; für die Sport: Gombrowitz; für die Unterhaltung: Gombrowitz; für die Feuilleton: Gombrowitz; für die Chronik: Gombrowitz; für die Anzeigen: Gombrowitz; für die Inserate: Gombrowitz; für die Druckerei: Gombrowitz; für die Verlagsanstalt: Gombrowitz.

Druck und Verlag: Rudolf Wölfe in Berlin. Hierzu 1 Beiblatt.

dem des anderen aus betrachtet und dabei auf Anerkennung und Förderung der sittlichen Würde des anderen gerichtet ist. Die Anerkennung ist die Gerechtigkeit, die überall eine dem inneren, sittlichen Wertverhältnis entsprechende Proportionalität herstellt und hier der Ehrerbietung, der Treue, der Dankbarkeit oder dem Tadel, der Ablehnung, der erzieherischen Einwirkung je nach den Umständen ihren Platz anweist. Insofern diese Gerechtigkeit Freude an der sittlichen Würde des anderen oder Erziehung und Förderung zu einem aufsteigenden sittlichen Wert ist, wird sie zur Güte und wird damit auch die Güte und das Wohlwollen eine Pflicht, die besteht so lange wir nicht vom Gegenteil oder von der Unmöglichkeit einer sittlichen Hebung des anderen uns überzeugen müssen. Alle weiteren Moraltheorien, Tugend- und Pflichtlehren, wie sie antike und moderne Moralisten lieben, sind nur weitere Ausführungen dieser einfachen Grundgedanken und können hier auf sich beruhen.

Was das zweite Moment anbelangt, so gehören hierher alle Bestimmungen der Moral der Solidarität, in der sich das natürliche Gruppenbewußtsein umwandelt in eine moralisch begründete Hingebung an ein moralisches, überindividuelles Ganzes. Dabei ist dann in erster Linie vorausgesetzt, daß dieses Ganze selbst, also Familie, Stamm, Land, Korporation, Nation, Menschheit kein einfaches Ergebnis des Blutes und der Natur oder der Interessen und Gewohnheiten sei, sondern selbst als eine gewisse Gemeinschaft in ethischen Werken betrachtet und empfunden werde, daß es als solches nicht bloß empfunden werde, sondern es auch wirklich sei. Die Gruppe selbst soll von ihrer natürlichen Basis aus zu einer geistig-moralischen Gemeinschaft durch die Verbindung und Verknüpfung ihrer Glieder werden und die Glieder sollen die Hingebung nicht bloß als Naturtrieb und Gewohnung, sondern als Pflicht empfinden, in der der einzelne über sich selbst hinauswächst bis zum Opfer für das Ganze, wenn das notwendig werden sollte. Es ist die Überwindung des Gruppenegoismus, der um nichts schwächerer, aber freiwillig noch natürlicher ist als der Einzel-egoismus, und die Überwindung des Herdengedankens oder der Interessenbindung. Das ist nicht möglich ohne behändige Kritik an der Gruppeninheit und beständige moralische Veredlung dieser, aber auch nicht ohne Opfer und Verzicht, die nicht aus dem daraus zu gewinnenden Vorteil, sondern aus der Verpflichtung zur Einheit und Würde des Ganzen zu begründen sind. Worin dann nun freiwillig die ethischen Werte der Gruppe selber bestehen und wie sie aus diesen heraus gedeiht und vergehtigt werden könne, das ist wieder eine Frage für sich, die von diesen rein formalen Voraussetzungen aus noch nicht beantwortet werden kann und die zu den weiteren ethischen Fragen herüberführt, die der nächste Vortrag beantworten soll. Hier ist nur noch hinzuzufügen, daß das Verhältnis der Gruppen oder der Kollektivpersönlichkeiten zueinander die gleichen Regeln gelten wie für das der Einzelpersönlichkeiten zueinander. Die

e. v. Schneider Wibel! im Deutschen Theater. Diese menschlich gewiß nicht sehr tief lebende, aber an der Oberfläche sehr lustig hinplätschernde, diese gewiß mehr auf Situation als auf Charakter gestellte, aber in den Einfallen munter und übermäßig aufgebauete Komödie des harmlosen Hans Müller-Schiffers, voll rheinischer Lokalfarbe, voll rheinischer Sprachkraft, voll rheinischer Humor, voll Spaß und Lebens, ohne Zimperlichkeit, aber auch ohne die iblem Anreißer-Zweideutigkeiten und ohne ible Sentimentalität, wurde gestern im Deutschen Theater sehr lustig gegeben und sehr lustig aufgenommen. Den beim Schluß so couragierten, Kapellenträgen Schneider, dem dann die große Schluß- so iblem bekannt, und den seine aufgeweckte Frau zwar vor aller Schickel beharrt, aber in das noch engere Rabische und in so allerhand Situationen bringt, bis er sein eigenes Reichenbegängnis mit Musik und der Vogelschützenkompanie mit ansehen kann und als sein eigener Bruder wiedergeboren wird, diesen Schneider-Wibel gab Paul Henckels ganz famos, er gab das Schneidewitz und das Rheinische, die Kouras und die Verzweiflung. Neben ihm als seine Frau mit den immer rettenden Immer Rheinisch, voll Mutterkeit und Herz. Nach der Gestalt von Georg Hilbert vor stinkt mit im Spiel; nur wenn einer Wälfes heißt, stammt er nicht aus Köfchenbroda. Ueberhaupt war es mit dem Rheinischen bei den Nebenfiguren man schon bestellt, und so gingen manche prachtvollen Phantasien des Textes in der Ausprache verloren. Ludwig Bömer führte flotte Regie. Manche Kleinmaler sehr hübsch, das Bild der Trauerhausgesellschaft wie von Peter Philipp. Mit einem Wort: Man braucht im Sommer nicht immer anreizliche Operetten zu geben, man kann auch mit solchen sauberen, leichten, lustigen Sachen ein gutes Publikum sehr gut unterhalten.

Direktor Paulsen's Rücktritt vom Burgtheater in Wien. Direktor Paulsen ist von der Leitung des Burgtheaters zurückgetreten, da er in die vorbestehende Annahme der neuen Dienststrukturen nicht einwilligen wollte. Er scheidet auch als Schauspieler aus dem Verband des Burgtheaters aus. Die Frage seines Nachfolgers ist noch nicht gefaßt; es verläutet, daß ein Professorium mit einem aus Mitgliedern des Burgtheaters gebildeten Direktorium eintreten soll.

Deutsche Forscher auf dem 11. internationalen Phylologenkongress in Göttingen. Bei der am 23. d. M. beginnenden internationalen Versammlung der Phylologen ist Deutsch eine offizielle Verhandlungssprache. Als Gäste der englischen Fachgenossen wurden eingeladen die Professoren Frank (München), Koffel (Leipzig), Neuberger (Berlin) und Marburg (Darmstadt). Die Deutsche Phylologische Gesellschaft entsandte die Professoren Bethe (Frankfurt), Rubner (Berlin) und Trendelenburg (Göttingen).

